

## TRADUCTION

## AUTORITE FLAMANDE

F. 2010 — 1733

[2010/202963]

**7 MAI 2010. — Arrêté du Gouvernement flamand modifiant les articles 7 et 8 de l'arrêté du Gouvernement flamand du 5 mai 2000 relatif aux enquêtes publiques sur les demandes des autorisations urbanistiques et des permis de lotir**

Le Gouvernement flamand,

Vu le Code flamand de l'Aménagement du Territoire, notamment l'article 4.7.15, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'arrêté du Gouvernement flamand du 5 mai 2000 relatif aux enquêtes publiques sur les demandes des autorisations urbanistiques et des permis de lotir;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, rendu le 21 septembre 2009;

Vu l'avis n° 48.045/1 du Conseil d'Etat, donné le 13 avril 2010, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre flamand des Finances, du Budget, de l'Emploi, de l'Aménagement du Territoire et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** L'article 7, alinéa deux, de l'arrêté du Gouvernement flamand du 5 mai 2000 relatif aux enquêtes publiques sur les demandes des autorisations urbanistiques et des permis de lotir, remplacé par l'arrêté du Gouvernement flamand du 30 mars 2001, est remplacé par la disposition suivante :

« Lorsqu'il s'agit d'une demande de modification du lotissement qui mène à une dérogation limitée dans le sens de l'article 4.4.1, alinéa premier, du Code flamand de l'Aménagement du Territoire, seuls les propriétaires des parcelles adjacentes qui ne font pas partie du lotissement doivent être notifiés par la commune. »

**Art. 2.** A l'article 8 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement flamand du 5 juin 2009, l'alinéa quatre est abrogé.

**Art. 3.** Le Ministre flamand ayant l'aménagement du territoire dans ses attributions, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 7 mai 2010.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,

K. PEETERS

Le Ministre flamand des Finances, du Budget, de l'Emploi, de l'Aménagement du Territoire et des Sports,

Ph. MUYTERS

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2010 — 1734

[2010/202636]

**29. APRIL 2010 — Erlass der Regierung  
zur Einführung eines Programms zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer im gewerblichen Privatsektor**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Auf Grund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Auf Grund des Dekretes vom 17. Mai 2004 bezüglich der Sicherung der Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, Artikel 12;

Auf Grund des Krisendekretes vom 19. April 2010, Artikel 9 und 10;

Auf Grund des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. April 2010;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 23. Dezember 2009;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 8. März 2010;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, dass die aktuelle Wirtschaftskrise auch die Betriebe der Deutschsprachigen Gemeinschaft betrifft und Kündigungen seitens der Arbeitgeber hervorgerufen hat, müssen dringend Maßnahmen umgesetzt werden, damit insbesondere die auf dem Arbeitsmarkt präkarisierten Personen, die Opfer dieser Entwicklung sind, schnellstmöglich wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können, da die Erfahrung gezeigt hat, dass ein zu langes Verharren in Arbeitslosigkeit die Chancen stark verringert, wieder eine Arbeitsstelle zu finden;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;  
Nach Beratung,  
Beschließt:

#### KAPITEL 1 — DEFINITIONEN

**Artikel 1** - Im Sinne des Erlasses versteht man unter:

1. Minister: der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Beschäftigung gehört;
2. Verwaltung: die für Beschäftigung zuständige Fachabteilung des Ministeriums;
3. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, so wie es durch das Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen wurde;
4. Dekret: Das Krisendekret vom 19. April 2010, Artikel 9 und 10;
5. Betriebsitz: der Ort, an dem Arbeitnehmer ständig zur Verfügung stehen und an dem wiederkehrende Tätigkeiten im Rahmen des Gesellschaftszwecks und des Tätigkeitssektors durchgeführt werden;
6. Arbeitgeber: mit Ausnahme der Leiharbeitsvermittler, die Handelsgesellschaften und natürlichen Personen, die eine selbstständige, kommerzielle Tätigkeit ausüben und die ihren Betriebsitz oder eine Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet haben;
7. verbundene Unternehmen: die juristisch oder finanziell miteinander verknüpften Unternehmen, die im Sinne des Erlasses als ein Arbeitgeber gelten;
8. älterer Arbeitnehmer: der Arbeitnehmer, der älter als 50 Jahre ist, beim Arbeitsamt als unbeschäftigter Arbeitssuchender eingetragen ist und höchstens Inhaber eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts ist.

#### KAPITEL 2 — HÖHE DES ZUSCHUSSES

**Art. 2** - § 1 - Im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft beträgt der maximale jährliche Zuschuss je älterer Arbeitnehmer € 8.000. Der Förderzeitraum für den älteren Arbeitnehmer beträgt maximal 12 Monate.

Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung wird der in Absatz 1 angeführte Betrag jeweils im Verhältnis zu der Arbeitsdauer des älteren Arbeitnehmers gekürzt.

§ 2 - Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung den in § 1 Absatz 1 vorgesehenen Betrag mit einem Koeffizienten multiplizieren.

**Art. 3** - § 1 - Die Zuschüsse werden monatlich durch die Verwaltung gezahlt.

Die monatlichen Zuschüsse entsprechen dem Resultat der Multiplikation eines Zwölftels des in Artikel 2 erwähnten Betrages mit der Bruchzahl, deren Nenner die Anzahl Werkzeuge des betreffenden Monats darstellt und deren Zähler die Anzahl Tage, für die der Arbeitgeber ein Gehalt gezahlt hat, darstellt.

§ 2 - Die Gehaltsbelege müssen spätestens innerhalb der zwei ersten Wochen nach Ablauf des Monats, auf den sie sich beziehen, bei der Verwaltung eingereicht werden.

Nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach dem Ziviljahr, auf das sich die Gehaltsbelege beziehen, ist die Verwaltung nicht mehr gehalten, den Zuschuss zu zahlen.

§ 3 - Der jährliche Zuschuss darf die jährliche Summe des Betrages des Bruttogehaltes des Arbeitnehmers, des Urlaubsgeldes, der aufgrund der anzuwendenden Gesetzgebung oder der kollektiven Arbeitsabkommen zu zahlenden Jahresendprämie und der zu Gunsten des Landesamtes für die Soziale Sicherheit zu zahlenden Beiträge, nicht übersteigen.

Je älterer Arbeitnehmer wird der Zuschuss jedoch um den Betrag anderer öffentlicher Interventionen in diesen Lohnkosten gekürzt, wenn die Gesamtsumme der öffentlichen Interventionen den Gesamtbetrag der Lohnkosten überschreitet.

§ 4 - Die zu Unrecht gezahlten Zuschüsse werden auf die dem Arbeitgeber noch zu zahlenden Beträge einbehalten oder zurückgefordert.

§ 5 - Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Verwaltung unverzüglich über jegliche Änderung im Arbeitsverhältnis und die Bewilligung öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten des älteren Arbeitnehmers in Kenntnis zu setzen.

#### KAPITEL 3 — ANTRAGSVERFAHREN

**Art. 4** - Der Arbeitgeber, der einen älteren Arbeitnehmer einstellen möchte, reicht anhand eines von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Formulars bei der Verwaltung seinen Antrag ein. Dieser Antrag kann ebenfalls auf elektronischem Wege eingereicht werden.

Diesem Antrag legt der Arbeitgeber eine Bescheinigung des Arbeitsamtes bei, aus der hervorgeht, dass der ältere Arbeitnehmer ein unbeschäftigter, beim Arbeitsamt eingetragener Arbeitssuchender ist, der älter als 50 Jahre ist und höchstens Inhaber eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts ist. Die Situation des Arbeitnehmers wird am Tag vor der Vertragsdurchführung bewertet.

Die Verwaltung überprüft den Antrag und übermittelt dem Minister die Antragsakte binnen fünfzehn Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags.

Der Minister genehmigt den Antrag innerhalb von 14 Tagen. Sind die in Artikel 2 des Erlasses erwähnten Haushaltsmittel aufgrund der erteilten Genehmigungen und realisierten Einstellungen erschöpft, teilt die Verwaltung dies dem Antragsteller und dem Arbeitsamt mit. Sobald wieder Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, teilt die Verwaltung dem Arbeitsamt schriftlich mit, dass es wieder Bescheinigungen ausstellen kann.

#### KAPITEL 4 — EINSTELLUNGSVERFAHREN

**Art. 5** - Der ältere Arbeitnehmer wird im Rahmen eines Arbeitsvertrages, der mindestens einem Drittel der für den betreffenden Sektor geltenden wöchentlichen vollen Arbeitszeit entsprechen muss, für einen befristeten oder unbefristeten Zeitraum eingestellt. Im Falle eines unbefristeten Arbeitsvertrages darf die Probezeit bei Angestellten höchstens einen Monat betragen.

Der Arbeitsvertrag wird schriftlich gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge vereinbart. Die Kopie des Arbeitsvertrags ist der Verwaltung spätestens mit dem ersten Gehaltsbeleg zu übermitteln.

Der Anteil, der durch den Erlass gewährten Stellen darf pro Arbeitgeber bzw. pro verbundenen Unternehmen nicht 10 Prozent des Personalstandes übersteigen, wobei jeder Arbeitgeber ungeachtet der Größe des Unternehmens nicht mehr als drei in Vollzeitstellen ausgedrückte ältere Arbeitnehmer beschäftigen darf und mindestens Anrecht auf eine Vollzeitstelle hat.

**Art. 6** - Die Einstellung des älteren Arbeitnehmers ist spätestens am letzten Werktag des dritten Monats, der der in Artikel 4 angeführten Genehmigung folgt, zu vollziehen. Nach diesem Datum erlischt das Anrecht auf den Zuschuss von Rechts wegen.

**Art. 7** - Der Arbeitgeber darf keinen unbeschäftigten Arbeitsuchenden als älteren Arbeitnehmer einstellen, der im Jahr vor der Beschäftigung bei dem Arbeitgeber oder bei dem mit ihm verbundenen Unternehmen beschäftigt war.

Jedoch darf der Arbeitgeber oder das verbundene Unternehmen einen älteren Arbeitnehmer einstellen, den er vor der Einstellung in Anwendung des Artikels 60 § 7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren beschäftigt hatte.

**Art. 8** - Die Anwerbung des älteren Arbeitnehmers darf nicht dazu führen, dass die in Einheiten von Ganztagsstellen berechnete durchschnittliche Anzahl von Personalmitgliedern, die im Laufe des Quartals vor dem Eingangsdatum des in Artikel 4 angeführten Antrags beschäftigt wurden, verringert wird.

Der Minister kann von der in Absatz 1 angeführten Bestimmung abweichen, insofern die Personalverringerung unabhängig von dem Willen des Arbeitgebers stattgefunden hat. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Personal freiwillig aus dem Unternehmen ausscheidet, in den Altersruhestand eintritt, die Arbeitszeit freiwillig reduziert oder wegen Fehlverhaltens rechtmäßig entlassen wird.

**Art. 9** - Ein älterer Arbeitnehmer, der seine Stelle verlassen hat, darf ersetzt werden. Der Arbeitgeber wahrt den Anspruch auf seinen gemäß Artikel 2 festgelegten Zuschuss, falls die Ersetzung innerhalb von zwei Monaten ab dem Abgangsdatum des älteren Arbeitnehmers durchgeführt wurde. Der neu eingestellte ältere Arbeitnehmer führt die von seinem Vorgänger begonnene Beschäftigungsperiode zu Ende.

#### KAPITEL 5 — RECHTSPOSITION DES BEZUSCHUSSTEN ARBEITNEHMERS

**Art. 10** - Der ältere Arbeitnehmer arbeitet unter der Verantwortung und der Autorität des Arbeitgebers, der ihn beschäftigt und der ihn entlohnt.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem älteren Arbeitnehmer ein Gehalt sowie die damit verbundenen Zulagen und in den Gehaltstabellen festgelegten Erhöhungen zu zahlen, das mindestens dem entspricht, das er seinem Personal für eine gleiche oder ähnliche Aufgabe bezahlt.

#### KAPITEL 6 — SANKTIONEN

**Art. 11** - § 1 - Der Minister hebt auf Vorschlag der Verwaltung die Auszahlung des Zuschusses auf, wenn der Arbeitgeber:

1. den Minister nicht unmittelbar darüber informiert, dass er in den Genuss einer anderen Beteiligung an den Lohnkosten des bezuschussten Arbeitnehmers gelangt;
2. für die durch ihn beschäftigten älteren Arbeitnehmer entweder bei einer anerkannten Prämienversicherungsgesellschaft oder bei einer anerkannten allgemeinen Versicherungskasse keine Versicherung gegen Arbeitsunfälle abschließt;
3. gegen die Bestimmungen des Dekretes und des Erlasses verstößt;
4. gegen die Buchhaltungs-, Sozial-, Steuer-, und Umweltvorschriften verstößt, die auf ihn Anwendung finden;
5. gegen die im jeweiligen Tätigkeitsbereich geltenden Vorschriften verstößt.

Vor der Aufhebung der Zuschusszahlungen bittet die Verwaltung den betroffenen Arbeitgeber zu den erhobenen Vorwürfen binnen 10 Tagen Stellung zu beziehen.

Die Aufhebung wird wirksam ab dem Tag, an dem der Verstoß festgestellt wurde.

§ 2 - Der Arbeitgeber, dessen Zuschussauszahlung aufgehoben wurde, darf in Anwendung des Erlasses keinen weiteren Zuschuss mehr erhalten.

#### KAPITEL 7 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

**Art. 12** - Der Erlass trägt der Verordnung Nr. 800/2008 der Kommission vom 6. August 2008 zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) Rechnung, die im *Amtsblatt der Europäischen Union* vom 9. August 2008 veröffentlicht wurde.

**Art. 13** - Die Fristen im Erlass sind volle Tage. Die Frist beginnt am Tag nach der Handlung. Der Tag an dem eine Frist abläuft, wird in der Frist mit eingerechnet. Fällt dieser Tag jedoch auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen Feiertag wird er auf den nachfolgenden Arbeitstag verlegt.

Als Feiertag im Sinne des Erlasses gelten: der erste Januar, Altweiberdonnerstag, Rosenmontag, Ostermontag, der erste Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, der 21. Juli, der 15. August, der erste, zweite, 11. und 15. November, der 25. und 26. Dezember sowie per Dekret oder Erlass der Regierung festgelegte Tage.

**Art. 14** - Der Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung für zwei Jahre in Kraft. Die vor Ablauf des Erlasses genehmigten jährlichen Zuschüsse werden weiterhin ausgezahlt.

**Art. 15** - Der für die Beschäftigung zuständige Minister wird mit der Durchführung des Erlasses beauftragt.

Eupen, den 29. April 2010

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden  
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung  
O. PAASCH

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2010 — 1734

[2010/202636]

**29 AVRIL 2010. — Arrêté du Gouvernement  
instaurant un programme visant la mise au travail de travailleurs âgés dans le secteur marchand privé**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du Conseil régional wallon du 6 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 10 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu le décret du 17 mai 2004 relatif à la garantie de l'égalité de traitement sur le marché du travail, article 12;

Vu le décret de crise du 19 avril 2010, articles 9 et 10;

Vu l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, donné le 1<sup>er</sup> avril 2010;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 23 décembre 2009;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 8 mars 2010;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1<sup>er</sup>, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que la crise économique actuelle concerne également les entreprises de la Communauté germanophone et a amené les employeurs à procéder à des licenciements, qu'il faut d'urgence mettre en oeuvre des mesures afin de pouvoir réinsérer au plus tôt sur le marché de l'emploi les personnes précarisées sur ce marché et victimes de cette évolution, l'expérience ayant montré qu'une période de chômage trop longue réduisait fortement les chances de retrouver un emploi;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — DEFINITIONS

**Article 1<sup>er</sup>.** Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1<sup>o</sup> Ministre : le Ministre compétent en matière d'Emploi;

2<sup>o</sup> administration : la Division du Ministère compétente en matière d'Emploi;

3<sup>o</sup> Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone créé par le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone;

4<sup>o</sup> décret : le décret de crise du 19 avril 2010, articles 9 et 10;

5<sup>o</sup> siège d'exploitation : le lieu disposant en permanence de travailleurs et où se déroulent des activités récurrentes en rapport avec l'objet social et le secteur d'activité de l'entreprise;

6<sup>o</sup> employeur : à l'exception des agences de travail intérimaire, les sociétés commerciales et les personnes physiques qui exercent une activité commerciale indépendante et qui ont leur siège d'exploitation ou une unité d'établissement en région de langue allemande;

7<sup>o</sup> entreprises liées : les entreprises qui sont juridiquement ou financièrement liées et qui sont considérées comme un "employeur" au sens du présent arrêté;

8<sup>o</sup> travailleur âgé : le travailleur de plus de 50 ans qui est inscrit auprès de l'Office de l'emploi comme demandeur d'emploi inoccupé et est porteur au plus d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur.

CHAPITRE 2. — MONTANT DU SUBSIDE

**Art. 2.** § 1<sup>er</sup>. Dans les limites des crédits budgétaires de la Communauté germanophone disponibles à cette fin, le subside annuel maximal est de € 8.000 par travailleur âgé. La période de financement d'un travailleur âgé est limitée à 12 mois.

En cas d'occupation à temps partiel, le montant mentionné au premier alinéa est réduit proportionnellement.

§ 2. Afin de l'adapter aux crédits budgétaires disponibles de la Communauté germanophone, le Gouvernement peut multiplier par un coefficient le montant prévu au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>.

**Art. 3.** § 1<sup>er</sup>. Les subsides sont liquidés mensuellement par l'administration.

Les subsides mensuels correspondent au résultat obtenu en multipliant un douzième du montant mentionné à l'article 2 par une fraction dont le numérateur est le nombre de jours de travail du mois en question et le dénominateur le nombre de jours où l'employeur a payé une rémunération.

§ 2. Les justificatifs de rémunération doivent être introduits auprès de l'administration dans les deux semaines suivant le mois auquel ils se rapportent.

Après un délai de deux mois suivant l'année civile à laquelle les justificatifs se rapportent, l'administration n'est plus tenue de liquider le subside.

§ 3. Le subside annuel ne peut dépasser le montant annuel obtenu en additionnant la rémunération brute du travailleur, le pécule de vacances, la prime de fin d'année à payer en vertu de la législation ou de la convention collective applicable et les cotisations à payer en faveur de l'Office national de Sécurité sociale.

Toutefois, pour chaque travailleur âgé, le subside est réduit du montant d'autres interventions publiques dans les coûts salariaux lorsque la somme de toutes les interventions publiques dépasse le montant total des coûts salariaux.

§ 4. Les subsides liquidés indûment seront récupérés ou retenus sur les montants encore à liquider à l'employeur.

§ 5. L'employeur est obligé d'informer immédiatement l'administration de tout changement dans la relation de travail et de l'octroi d'interventions publiques dans le coût salarial du travailleur âgé.

#### CHAPITRE 3. — PROCEDURE DE DEMANDE

**Art. 4.** L'employeur qui souhaite engager un travailleur âgé introduit sa demande auprès de l'administration au moyen du formulaire que celle-ci met à disposition. Cette demande peut également être introduite par voie électronique.

L'employeur annexe à cette demande une attestation de l'Office de l'emploi dont il ressort que le travailleur âgé est un demandeur d'emploi inoccupé, inscrit auprès de l'Office de l'emploi, âgé de plus de 50 ans et porteur au plus d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur. La situation du travailleur est évaluée au jour précédant l'exécution du contrat.

L'administration examine la demande et transmet le dossier au Ministre dans les quinze jours suivant la réception de la demande complète.

Le Ministre approuve la demande dans les quinze jours. Si les crédits budgétaires visés à l'article 2 sont épuisés en raison des autorisations octroyées et des engagements réalisés, l'administration en informe le demandeur et l'Office de l'emploi. Dès que des crédits budgétaires sont à nouveau disponibles, l'administration communique par écrit à l'Office qu'il peut à nouveau établir des attestations.

#### CHAPITRE 4. — PROCEDURE D'ENGAGEMENT

**Art. 5.** Le travailleur âgé est engagé, à durée déterminée ou non, dans les liens d'un contrat de travail correspondant au moins à un tiers de la durée hebdomadaire d'un emploi à temps plein dans le secteur concerné. Dans le cas d'un contrat de travail à durée indéterminée pour employés, la période d'essai peut être d'un mois au plus.

Le contrat de travail est conclu par écrit conformément aux dispositions de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail. La copie du contrat de travail est transmise à l'administration au plus tard en même temps que le premier justificatif de rémunération.

Par employeur ou par entreprise liée, la proportion des emplois attribués en vertu de l'arrêté ne peut dépasser dix pour cent de l'effectif; indépendamment de la taille de l'entreprise, chaque employeur ne peut occuper plus de trois travailleurs âgés, exprimés en équivalents temps plein, et a au moins droit à un emploi à temps plein.

**Art. 6.** L'engagement du travailleur âgé doit être effectif au plus tard le dernier jour ouvrable du troisième mois qui suit l'approbation mentionnée à l'article 4. Après cette date, le droit au subside devient caduc de plein droit.

**Art. 7.** L'employeur ne peut engager comme travailleur âgé un demandeur d'emploi inoccupé qui, durant l'année précédente, était occupé par lui ou par une entreprise liée à lui.

Toutefois, l'employeur ou l'entreprise liée à lui peut engager un travailleur âgé qu'il/qu'elle avait occupé auparavant en application de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale.

**Art. 8.** L'engagement du travailleur âgé ne peut entraîner une diminution du nombre moyen de membres du personnel occupés au cours du trimestre précédant la demande mentionnée à l'article 4, exprimé en équivalents temps plein.

Le Ministre peut déroger à la disposition du premier alinéa dans la mesure où la diminution est indépendante de la volonté de l'employeur. C'est notamment le cas lorsque du personnel quitte volontairement l'entreprise, part à la retraite, réduit volontairement ses prestations ou est licencié régulièrement pour faute grave.

**Art. 9.** Un travailleur âgé qui a quitté son emploi peut être remplacé. L'employeur conserve son droit au subside fixé conformément à l'article 2 si le remplacement intervient dans les deux mois suivant le départ du travailleur âgé. Le travailleur âgé nouvellement engagé achève la période d'occupation entamée par son prédécesseur.

#### CHAPITRE 5. — POSITION JURIDIQUE DU TRAVAILLEUR SUBSIDIE

**Art. 10.** Le travailleur âgé travaille sous la responsabilité et l'autorité de l'employeur qui l'occupe et le rémunère.

L'employeur est obligé de payer au travailleur âgé une rémunération correspondant à celle payée à son personnel pour une tâche identique ou similaire, ainsi que les allocations y afférentes et les augmentations barémiques prévues.

#### CHAPITRE 6. — SANCTIONS

**Art. 11.** § 1<sup>er</sup>. Sur proposition de l'administration, le Ministre suspend la liquidation du subside lorsque l'employeur :

1° n'informe pas directement le Ministre qu'il bénéficie d'une autre intervention dans les coûts salariaux du travailleur subsidié;

2° ne conclut, que ce soit auprès d'une société d'assurances à primes agréée, soit auprès d'une caisse commune d'assurances agréée, aucune assurance contre les accidents de travail pour les travailleurs âgés qu'il occupe;

3° enfreint les dispositions du décret et de l'arrêté;

4° enfreint les règles comptables, sociales, fiscales et environnementales lui applicables;

5° enfreint les règles applicables au secteur d'activité concerné.

Avant de suspendre la liquidation du subside, l'administration demande à l'employeur concerné de s'expliquer, dans les dix jours, sur les faits qui lui sont reprochés.



La suspension prend cours le jour où l'infraction a été constatée.

§ 2. L'employeur dont la liquidation du subside a été suspendue ne peut plus recevoir de subsides en application de l'arrêté.

#### CHAPITRE 7. — DISPOSITIONS FINALES

**Art. 12.** L'arrêté tient compte du règlement n° 800/2008 de la Commission du 6 août 2008 déclarant certaines catégories d'aide compatibles avec le marché commun en application des articles 87 et 88 du traité (Règlement général d'exemption par catégorie), publié au *Journal officiel de l'Union européenne* du 9 août 2008.

**Art. 13.** Les délais mentionnés dans l'arrêté sont exprimés en jours entiers. Le délai court à partir du lendemain du jour de l'acte. Le jour de l'échéance est compris dans le délai. Toutefois, si ce jour est un samedi, un dimanche ou un jour férié, il est reporté au jour ouvrable suivant.

Sont considérés comme jours fériés au sens du présent arrêté : le nouvel an, le "Altweiberdonnerstag" ("jeudi des vieilles femmes"), le Rosenmontag (lundi des Roses), le lundi de Pâques, le 1<sup>er</sup> mai, l'Ascension, le lundi de Pentecôte, le 21 juillet, le 15 août, les 1<sup>er</sup>, 2, 11 et 15 novembre, les 25 et 26 décembre ainsi que les jours déterminés par décret ou par arrêté du Gouvernement.

**Art. 14.** L'arrêté entre en vigueur pour deux ans le jour de son adoption. Les subsides annuels approuvés avant l'expiration du présent arrêté continuent d'être liquidés.

**Art. 15.** Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 29 avril 2010.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux,  
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,  
O. PAASCH

—————  
VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2010 — 1734

[2010/202636]

#### **29 APRIL 2010. — Besluit van de Regering houdende invoering van een programma ter tewerkstelling van oudere werknemers in de private profitsector**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van het Waalse Gewestraad van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake Tewerkstelling en Opgravingen;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake Tewerkstelling en Opgravingen;

Gelet op het decreet van 17 mei 2004 betreffende de garantie van een gelijke behandeling op de arbeidsmarkt, artikel 12;

Gelet op het crisisdecreet van 19 april 2010, artikelen 9 en 10;

Gelet op het advies van de Sociaal Economische Raad, gegeven op 1 april 2010;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 23 december 2009;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 8 maart 2010;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de actuele economische crisis ook de bedrijven gelegen in de Duitstalige Gemeenschap betreft en ertoe heeft geleid dat werkgevers ontslagen hebben, moeten maatregelen dringend worden omgezet, opdat vooral de kwetsbare personen op de arbeidsmarkt, die slachtoffer zijn van deze ontwikkeling, zo snel mogelijk opnieuw worden ingeschakeld, daar de ervaring heeft getoond dat de kans om een nieuwe baan te vinden sterk afneemt bij een langere werkloosheidsduur;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

#### HOOFDSTUK 1. — BEGRIPSBEPALINGEN

**Artikel 1.** Voor de toepassing van voorliggend besluit verstaat men onder :

1° Minister : de Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid;

2° bestuur : de afdeling van het Ministerie bevoegd inzake Werkgelegenheid;

3° Dienst voor arbeidsbemiddeling : de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, zoals opgericht bij het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap;

4° decreet : het crisisdecreet van 19 april 2010, artikelen 9 en 10;

5° bedrijfszetel : plaats die bestendig over werknemers beschikt en waar recurrente activiteiten plaatsvinden i.v.m. het maatschappelijk doel en de activiteitssector van de onderneming;

6° werkgever : met uitzondering van de uitzendbureaus, de handelvennootschappen en natuurlijke personen die een zelfstandige commerciële activiteit uitoefenen en hun bedrijfszetel of een vestigingseenheid in het Duitse taalgebied hebben;

7° verbonden ondernemingen : de ondernemingen die met elkaar juridische of financiële banden onderhouden en als "werkgever" in de zin van dit besluit worden beschouwd;

8° oudere werknemer : de werknemer ouder dan 50 jaar die bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling als niet-tewerkgestelde werkzoekende is ingeschreven en ten hoogste houder is van een getuigschrift van het hoger secundair onderwijs.

#### HOOFDSTUK 2. — *BEDRAG VAN DE TOELAGE*

**Art. 2.** § 1. Binnen de hiervoor beschikbare begrotingsmiddelen van de Duitstalige Gemeenschap belooft de maximale jaarlijkse toelage per oudere werknemer € 8.000. De financieringsperiode voor de oudere werknemer belooft ten hoogste 12 maanden.

Bij deeltijdse betrekking wordt het bedrag vermeld in het eerste lid telkens evenredig verminderd.

§ 2. De Regering kan het bedrag bepaald in § 1, lid 1, met een coëfficiënt vermenigvuldigen om ze aan de beschikbare begrotingskredieten van de Duitstalige Gemeenschap aan te passen.

**Art. 3.** § 1. De toelagen worden maandelijks door het bestuur uitbetaald.

De maandelijks toelagen stemmen overeen met het resultaat bekomen door een twaalfde van het bedrag bedoeld in artikel 2 met een breuk te vermenigvuldigen waarvan de noemer het aantal werkdagen van de maand en de teller het aantal dagen is waarvoor de werkgever een wedde heeft betaald.

De bewijsstukken betreffende de bezoldiging moeten ten laatste twee weken na het einde van de maand waartoe ze betrekking hebben, bij het bestuur ingediend worden.

Na afloop van een termijn van twee maanden na het kalenderjaar waartoe de bewijsstukken betreffende de bezoldiging betrekking hebben, is het bestuur niet meer gehouden de toelage te betalen.

§ 3. De jaarlijkse toelage mag het jaarlijkse bedrag niet overschrijden dat de som is van de brutowedde van de werknemer, het vakantiegeld, de eindejaarspremie die krachtens de toepasselijke wetgeving of de collectieve arbeidsovereenkomst moet worden betaald, alsmede van de bijdragen aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid.

Voor elke oudere werknemer wordt de toelage echter verminderd met de openbare tussenkomsten in de loonkosten, als het totaal bedrag van de openbare tussenkomsten hoger ligt dan het totaal bedrag van de loonkosten.

§ 4. De ten onrechte uitbetaalde toelagen worden van de nog niet gestorte bedragen afgetrokken of teruggevorderd.

§ 5. De werkgever is ertoe verplicht het bestuur onmiddellijk op de hoogte te brengen van elke wijziging in de arbeidsbetrekking of van de toekenning van openbare tussenkomsten in de loonkosten van de oudere werknemer.

#### HOOFDSTUK 3. — *AANVRAAGPROCEDURE*

**Art. 4.** De werkgever die een oudere werknemer in dienst wenst te nemen, richt een aanvraag tot het bestuur, gebruik makend van het formulier dat door het bestuur ter beschikking wordt gesteld. De aanvraag kan ook elektronisch worden ingediend.

Bij deze aanvraag voegt de werkgever een attest van de Dienst voor arbeidsbemiddeling waaruit blijkt dat de oudere werknemer een bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingeschreven niet-tewerkgestelde werkzoekende is, die ouder is dan 50 jaar en ten hoogste houder is van een getuigschrift van het hoger secundair onderwijs. De situatie van de werknemer wordt op de dag vóór de uitvoering van de overeenkomst beoordeeld.

Het bestuur onderzoekt de aanvraag en zendt de Minister het dossier binnen veertien dagen na de ontvangst van de volledige aanvraag toe.

Binnen de veertien dagen keurt de Minister de aanvraag goed. Indien de in artikel 2 van het besluit bedoelde begrotingskredieten wegens de toegekende toelatingen of uitgevoerde aanstellingen uitgeput zijn, dan deelt het bestuur dit aan de aanvrager en de Dienst voor arbeidsbemiddeling mee. Zodra begrotingskredieten opnieuw beschikbaar zijn, deelt het bestuur de Dienst voor arbeidsbemiddeling schriftelijk mee dat hij opnieuw attesten uitgeven kan.

#### HOOFDSTUK 4. — *AANSTELLINGSPROCEDURE*

**Art. 5.** De oudere werknemer wordt voor een al dan niet bepaalde termijn in dienst genomen bij een arbeidsovereenkomst; de arbeidsduur mag niet lager liggen dan één derde van de wekelijkse voltijdse arbeidsduur in de betrokken sector. Bij een arbeidsovereenkomst van onbepaalde duur voor bedienden mag de proeftijd ten hoogste één maand duren.

De arbeidsovereenkomst wordt schriftelijk afgesloten overeenkomstig de bepalingen van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten. De kopie van de arbeidsovereenkomst moet het bestuur ten laatste met het eerste bewijsstuk betreffende de bezoldiging worden toegezonden.

Per werkgever of per verbonden onderneming mag het gedeelte aan betrekkingen die krachtens het besluit worden toegekend, 10 percent van de personeelsformatie niet overschrijden; onafhankelijk van de grootte van de onderneming mag elke werkgever niet meer dan 3 oudere werknemers - uitgedrukt in voltijdse eenheden - tewerkstellen, heeft echter recht op ten minste één voltijdse betrekking.

**Art. 6.** De oudere werknemer moet ten laatste op de laatste werkdag van de derde maand volgend op de in artikel 4 vermelde goedkeuring in dienst worden genomen. Na deze datum vervalt het recht op toelage van rechtswege.

**Art. 7.** De werkgever mag geen niet-tewerkgestelde werkzoekende als oudere werknemer in dienst nemen die tijdens het jaar voorafgaand op de tewerkstelling bij hem of bij een met hem verbonden onderneming werkzaam was.

De werkgever of de verbonden onderneming mag echter een oudere werknemer in dienst nemen die hij/zij met toepassing van artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn vóór de indienstneming tewerkgesteld had.

**Art. 8.** De indienstneming van de oudere werknemer mag niet leiden tot een vermindering van het gemiddelde aantal van de personeelsleden die tijdens het trimester vóór de inwerkingtreding van de in artikel 4 vermelde aanvraag tewerkgesteld waren, uitgedrukt in voltijdse eenheden.

De Minister kan van de bepaling van het eerste lid afwijken, indien de personeelsformatie onafhankelijk van de wil van de werkgever verminderd werd. Het is namelijk het geval, als personeelsleden de onderneming vrijwillig verlaten, op pensioen gaan, hun arbeidsprestaties vrijwillig verminderen of wegens zware schuld regelmatig ontslagen worden

**Art. 9.** Een oudere werknemer die zijn betrekking heeft verlaten, mag worden vervangen. De werkgever behoudt het recht op zijn toelage, vastgelegd overeenkomstig artikel 2, indien de vervanging binnen de twee maanden na het vertrek van de oudere werknemer plaatsvindt. De nieuw in dienst genomen oudere werknemer beëindigt de door zijn voorganger begonnen tewerkstellingsperiode.

#### HOOFDSTUK 5. — RECHTSPOSITIE VAN DE GESUBSIDIEERDE WERKNEMER

**Art. 10.** De oudere werknemer werkt onder de verantwoordelijkheid en het gezag van de werkgever die hem tewerkstelt en bezoldigt.

De werkgever is ertoe verplicht de oudere werknemer een bezoldiging te betalen die ten minste overeenstemt met degene die hij aan zijn personeel geeft voor dezelfde of een soortgelijke opdracht, alsmede de eraan verbonden toelagen en de baremieke verhogingen.

#### HOOFDSTUK 6. — STRAFBEPALINGEN

**Art. 11.** § 1. Op de voordracht van het bestuur schort de Minister de uitbetaling van de toelage op, als de werkgever :

1° de Minister niet onmiddellijk meedeelt dat hij een andere tussenkomst in de loonkosten van de gesubsidieerde werknemer geniet;

2° voor de door hem tewerkgestelde oudere werknemers geen arbeidsongevallenverzekering afsluit, ofwel bij een erkende verzekeringsmaatschappij met premies ofwel bij een erkende gemeenschappelijke verzekeringskas;

3° de bepalingen van het decreet en van het besluit overtreedt;

4° de op hem toepasselijke boekhoudkundige, sociale, fiscale en milieunormen overtreedt;

5° de op de betrokken activiteitssector toepasselijke voorschriften overtreedt.

Voordat het bestuur de uitbetaling van de toelagen opschort, verzoekt het de betrokken werkgever binnen 10 dagen zijn standpunt over de hem ten laste gelegde feiten mee te delen.

De opschorting treedt in werking op de dag waarop de overtreding werd vastgesteld.

§ 2. Indien de uitbetaling van de toelage wordt opgeschort, mag de betrokken werkgever - met toepassing van voorliggend besluit - geen verdere toelage meer verkrijgen.

#### HOOFDSTUK 7. — SLOTBEPALINGEN

**Art. 12.** Dit besluit houdt rekening met de Verordening nr. 800/2008 van de Commissie van 6 augustus 2008 waarin bepaalde categorieën steun op grond van de artikelen 87 en 88 van het EG-Verdrag met de gemeenschappelijke markt verenigbaar worden verklaard (de algemene groepsvrijstellingsverordening), die in het *Publicatieblad van de Europese Unie* op 9 augustus 2008 werd bekendgemaakt.

**Art. 13.** De in dit besluit bepaalde termijnen worden in volle dagen berekend. De termijn loopt vanaf de dag na de akte. De vervalddag wordt meegerekend in de termijn. Als die dag echter een zaterdag, zondag of feestdag is, valt de vervalddag op de eerst volgende werkdag.

Gelden als feestdag in de zin van voorliggen besluit : 1 januari, Altweiberdonnerstag (oude wijven donderdag), Rozenmaandag, Paasmaandag, 1 mei, Hemelvaartsdag, Pinkstermaandag, 21 juli, 15 augustus, 1, 2, 11 en 15 november, 25 en 26 december, alsook de bij decreet of bij besluit van de Regering vastgestelde dagen.

**Art. 14.** Dit besluit treedt in werking voor de duur van twee jaar de dag waarop het wordt aangenomen. De jaarlijkse toelagen die vóór het verstrijken van de geldigheidsduur van het besluit zijn goedgekeurd, worden verder uitbetaald.

**Art. 15.** De Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid wordt belast met de uitvoering van voorliggend besluit.  
Eupen, 29 april 2010.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen,  
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,  
O. PAASCH

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

### SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

F. 2010 — 1735

[2010/202995]

#### 10 OCTOBRE 2008. — Arrêté ministériel autorisant temporairement certains types de pêche dans la Meuhaigne et dans la Dyle en 2009, 2010 et 2011

Le Ministre de l'Agriculture, de la Ruralité, de l'Environnement et du Tourisme;

Vu la loi du 1<sup>er</sup> juillet 1954 sur la pêche fluviale, notamment l'article 14;

Vu l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 11 mars 1993 portant exécution de la loi du 1<sup>er</sup> juillet 1954 sur la pêche fluviale, modifié par les arrêtés des 20 novembre 1997, 26 novembre 1998, 30 novembre 2000, 7 mars 2002, 13 juin 2002 et 3 juillet 2003, notamment les articles 9, 10 et 32;